

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Die "ökonomische Inflation"

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1960) : Die "ökonomische Inflation", Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 40, Iss. 4, pp. 189-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132945>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

den angewendet werden, wird nicht nur der internationale Handel belebt, das weltwirtschaftliche Austauschvolumen erhöht und die internationale Arbeitsteilung intensiviert, sondern wird letztlich auch eine Produktivitäts- und Wohlstandssteigerung in allen Ländern erreicht.

Konventionelle Maßnahmen genügen nicht

Es scheint aber, daß die konventionellen Maßnahmen nicht genügen, eine bessere Verteilung der internationalen Liquidität herbeizuführen, zumal die wirtschaftliche Entwicklung in den westlichen Ländern seit der Herstellung der Konvertibilität in hohem Maße vom Ausland her beeinflußt wird. Die einzelnen Länder und Notenbanken stehen daher vor einer ungleich schwereren Aufgabe als noch vor einigen Jahren. So wäre es nur folgerichtig, wenn die Wirtschafts- und Kreditpolitik und die Maßnahmen der Notenbanken mehr und mehr gemeinsame Züge aufweisen. Die Durchsetzung einer solchen Politik ist jedoch sehr mühevoll und bedarf einer geduldrigen Kleinarbeit. Solange das Vorgehen der einzelnen Länder nicht miteinander in Einklang steht und nicht aufeinander abgestimmt ist, solange wird eine dauernde Stabilisierung der Zahlungsbilanzverhältnisse nicht zu erwarten sein.

Die Grenzen und die Problematik internationaler Liquiditätshilfen, soweit sie von der Deutschen Bundesbank gewährt werden, sind klar erkennbar. Die Bundesbank dürfte sich nur an solchen Maßnahmen beteiligen, die mit der Funktion und den institutionellen Schranken einer Notenbank vereinbar sind; sie müssen im Rahmen von reinen Devisenpositionen oder von relativ kurzfristigen Kredittransaktionen mit internationalen Währungseinrichtungen liegen. Problematisch erscheinen solche temporären Zahlungsbilanz- oder Liquiditätshilfen, die unmittelbar oder mittelbar die inflatorische Übernachfrage von Defizitländern — in den vergangenen Jahren einer der Hauptgründe der Zahlungsbilanzstörungen in der Weltwirtschaft — fördern, wodurch die bestehenden Verzerrungen nur

verlängert und die notwendigen Anpassungen lediglich hinausgeschoben würden. Liquiditätshilfen zur Überbrückung temporärer Zahlungsbilanzschwierigkeiten sollten somit nur in den Fällen gewährt werden, in denen die Schuldnerländer gleichlaufende Maßnahmen treffen, durch die die Übernachfrage zurückgeführt und die Zahlungsbilanzstörungen beseitigt werden.

Devisen als Deckungsmittel

So groß die Bedeutung der Devisen für die Erreichung eines handels- und währungspolitischen Gleichgewichts geworden ist, so sehr haben sie ihren Charakter als Deckungsmittel für die umlaufende Notenmenge verloren. Notenausgabe und Notenumlauf werden

immer mehr als ein von der gesamten Notenbankpolitik ausgelöster sekundärer Vorgang angesehen, dem keine gesetzlich festgelegte Begrenzung des Zahlungsmittelumschlages zugrunde zu liegen braucht. Deckungsrelationen werden daher kaum noch besonders herausgestellt. Dennoch ist zur Erhaltung der internationalen Austauschbarkeit der einzelnen Valuten auch unter schwierigen Umständen sowie aus psychologischen Gründen das Vorhandensein eines angemessenen Gold- und Devisenbestandes notwendig. Je größer der durch Gold und Devisen bestimmte Grad der Zahlungsfähigkeit ist, desto stärker ist auch die internationale Geltung der Valuta. (gn)

Die „ökonomische Inflation“

Es ist heute beinahe zu einem wirtschaftswissenschaftlichen Theorem geworden, daß die schleichende Inflation als ein Preis für die permanente Expansion und die Vollbeschäftigung angesehen wird. Mit den Erkenntnissen der Wissenschaft hat aber dieses Phänomen nichts zu tun. Tatsache ist allerdings, daß in allen Ländern, die eine permanente Expansion und eine dauernde Vollbeschäftigung anstreben, dieses Ziel sich politisch am leichtesten durch die Konzidierung einer schleichenden Inflation erreichen läßt.

Wir sind natürlich froh, daß wir die Zeiten der großen Krisen, die sogenannten Selbstheilungsprozesse der Wirtschaft, wohl endgültig überwunden haben. Deshalb sind wir der „schleichenden Inflation“ gegenüber nachsichtiger. Wir sollten das aber auch nicht sein, und wir hätten das nicht nötig, wenn wir anstelle der Gewinnmaximierung die Stabilisierung der bestmöglichen Versorgung als wirtschaftliches Prinzip deklarierten. Aber mit der Deklaration allein ist es nicht getan. Es ist ein Entscheid der Geisteshaltung, der psychologisch und ethisch bedingt ist.

Die Unzulänglichkeit des menschlichen Erkennens wird es selbst bei intensiver Marktforschung mit mathematischen Methoden nicht vermeiden lassen, daß Fehlinvestitionen entstehen. Auch eine Planwirtschaft kann sich vor falschen Einschätzungen nicht schützen. Der Fortschritt der Technik, der eine Hebung des Lebensstandards in Aussicht stellt, verlangt immer wieder einen Umbau der Produktionstechnik und damit Abschreibungen für nicht verbrauchte Anlagen. So wird es immer Zeiten geben, in denen die wirtschaftliche Vernunft eine Drosselung oder Bremsung des Konsums verlangt. Dies kann im Rahmen der Marktwirtschaft durch Deflation oder durch Inflation erreicht werden. Der inflatorische Weg ist der bequemere und politisch leichtere, weil er die temporäre Verarmung verschleiert und die Auftriebskräfte nicht lähmt. Aber beide Wege führen immer zu unnötiger Verarmung einerseits und unangebrachter Bereicherung andererseits, die die sozialen Spannungen verschärfen. Dieser Vorgang ist sowohl in den Industriestaaten wie in den Entwicklungsländern zu beobachten und verführt sie beide leicht zu radikalen Experimenten.

Die wirtschaftliche Vernunft zeigt uns, daß es weder ökonomisch bedingte Inflationen noch Deflationen zu geben brauchte, wenn wir den politischen Mut aufbrächten, rechtzeitig entsprechende wirtschafts- und fiskalpolitische Maßnahmen zu treffen. Gewiß, es gibt keine Richtzahl, die die erforderliche Geldmenge bestimmt. Sie ist von Land zu Land je nach dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand und nach den monetären Usancen verschieden. Wir erkennen aber sehr bald am Preisspiegel, wenn die extremen Swingpunkte überschritten werden. Dazu brauchen wir weder eine gold- noch devisengedeckte Währung, die die gesunde Relation nur verfälscht. Wir brauchen aber in der freien Wirtschaft eine entsprechende Geisteshaltung des Individuums, die durch Selbstbeschränkung im Macht- und Gewinnstreben die kritischen Perioden der bestmöglichen wirtschaftlichen Versorgung respektiert. (sk)